

MINDESTSTANDARDS GEFORDERT

FLÜCHTLINGSPOLITIK BRAUCHT NEUSTART

Einen Neustart der europäischen Flüchtlingspolitik hat der hessische SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel gefordert und zugleich auf die großen Herausforderungen der Kommunen hingewiesen. „Die Flüchtlingskatastrophe auf dem Mittelmeer macht uns unendlich traurig. Dieses Massensterben hätte verhindert werden können und müssen“, sagte Schäfer-Gümbel. Die Antworten Europas darauf seien beschämend. „Europa stünde es gut zu Gesicht, redlich zur eigenen Verantwortung und den Konsequenzen von Entscheidungen zu stehen.“



ALS GESAMTSTAATLICHE AUFGABE SIEHT THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL DIE FLÜCHTLINGSAUFNAHME. FOTO: HÄUSL-DAVID

Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung seien eine gesamtstaatliche Aufgabe. „Der Bund muss sich dieser Verantwortung stellen. Dies gilt aber genauso für die schwarz-grüne Landesregierung. Auch hier in Hessen stehen wir vor Herausforderungen. Integration findet immer vor Ort statt.“ Deshalb sei

es ein Schlag ins Gesicht aller engagierten Kommunen und Akteure, wenn Minister Grüttner androhe, die Unterstützung des Bundes für die kommunale Flüchtlingspolitik nicht weiterzuleiten, und den Kommunen mangelndes Kostenbewusstsein unterstelle.

„Das ist höchst ignorant. Die Bereitschaft und Fähigkeit der Kommunen und Bevölkerung zur Integration der Flüchtlinge steigt, wenn die Standards und die Finanzierung klar sind“, sagte Schäfer-Gümbel.

Deshalb fordere die SPD, Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge auf Grundlage einer auskömmlichen Finanzierung einzuführen.

REFORM DES NOTDIENSTES GESCHEITERT

„Spätestens als zum Jahreswechsel stundenlang der ärztliche Bereitschaftsdienst nicht erreichbar war, musste man einsehen, dass die aus rein ökonomischen Gründen durchgeführte Reform des Ärztlichen Notdienstes gescheitert ist“, kritisierte der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Dr. Thomas Spies.



Eine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion habe bereits im März gezeigt, dass die Einführung eines zentralen Callcenters und die Konzentration des ärztlichen



THOMAS SPIES

Bereitschaftsdienstes auf wenige Standorte nicht funktionieren. „Fehlsteuerung und ein Ausweichen auf den Rettungsdienst mit lediglich leichten Krankheiten sind die Folge. Dies führt dazu, dass der Rettungsdienst belegt ist, wenn ernstere Notfälle auftreten“, so der SPD-Gesundheitsexperte.

Die SPD unterstütze daher die Forderung nach einer Anhörung im Hessischen Landtag. „Wir müssen Ärztlichen Notdienst und Rettungsdienst organisatorisch zusammenführen“, so Dr. Spies.

ZU WENIG FAMILIENZENTREN

„Familienzentren sind wirksame Einrichtungen für eine gut vernetzte lebenslagenorientierte Sozial-, Jugend- und Familienpolitik. Deshalb ist es mehr als bedauerlich, dass die Entwicklung in Hessen hinter den Notwendigkeiten eines bedarfs- und flächendeckenden Ausbaus solcher Strukturen in Hessen weit zurückbleibt“, sagte der sozial- und familienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Gerhard Merz. So sei die Zahl der geförderten Einrichtungen zwischen 2012 und 2015 nicht signifikant gestiegen.



GERHARD MERZ

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

TARIFERGEBNIS AUF BEAMTE ÜBERTRAGEN

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion **Günter Rudolph** hat nach Abschluss der Tarifrunde 2015 für die Angestellten des Landes die Übertragung



des Ergebnisses auf die **Besoldung** der Beamtinnen und Beamten gefordert. Es dürfe nicht sein, dass die Beamtinnen und Beamten in

Hessen von dieser Entwicklung abgekoppelt würden, wie es CDU und Grüne mit einer Nullrunde für das Jahr 2015 geplant hätten. „Die Beamten dürfen nicht mit rechtlich fragwürdigen und politisch indiskutablen Begründungen abgehängt und weiter schlechter gestellt werden, als ihre Kollegen in anderen Bundesländern.“

SUEDLINK – SCHWARZ-GRÜN TAUCHT AB

„Allein in Hessen gibt es derzeit weit über 20 Bürgerinitiativen zum Thema **SuedLink**. Entlang der möglichen Trasse haben sich alle Städte und Gemeinden - parteiübergreifend - kritisch bis ablehnend dazu positioniert“, sagte der energiepolitische Sprecher **Timon**



Gremmels. Statt sich aber mit der Kritik inhaltlich auseinanderzusetzen, verwehre Schwarz-Grün den hessischen Bürgerinitiativen die Teilnahme am hessischen Energiegipfel im Herbst. „Insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der CDU fordere ich auf, nicht nur in den Wahlkreisen kritisch Position

zu beziehen, sondern auch der Landesregierung Druck zu machen, damit diese endlich ihrer Verantwortung nachkommt und sich aktiv um das Thema kümmert.“

AUSBILDUNGSGARANTIE FÜR ALLE

„Angesichts der rund 400.000 Menschen in Hessen, die keine Berufsausbildung haben, ist die Initiative „Pro Abschluss“ der hessischen Landesregierung nur ein erster Schritt“, sagte die ausbildungspolitische Sprecherin **Lisa Gnadl**. Die SPD habe mit ihrem Konzept für eine Ausbildungsgarantie einen passenden Lösungsvorschlag gemacht. Während die Landesregierung sich auf Weiterbildungsberatung und -förderung beschränke, wolle die SPD mit ihrer **Ausbildungsgarantie** jedem jungen Menschen, der eine Berufsausbildung nachholen möchte, die Garantie dafür geben.



PRIORITÄT FÜR A49 GEFORDERT

„Das Verhalten der Landesregierung ist ein durchsichtiger Versuch, die Verantwortung für den Stillstand beim Bau der **Autobahn 49** auf die Bundesregierung abzuschieben. Das lassen wir nicht durchgehen. Es kann nicht sein, dass die Region immer wieder vertröstet wird. Die ehemalige Infrastrukturpartei CDU ist nun gefordert, ihre Versprechen endlich einzulösen und für den Weiter-

bau der A 49 einzutreten. Bundesfinanzminister Schäuble hat ein 10-Milliarden-Programm für Investitionen vorgelegt, aus dem die Mittel nur abgerufen werden müssen. Es drängt sich der Verdacht auf, dass die A 49 für das Wohlbefinden bei Schwarz-Grün geopfert wird“, sagte der verkehrspolitische Sprecher **Uwe Frankenberger**.



BÜRGERNAHE ANLAUFSTELLE

Beim Landtag sind im Jahr 2014 1094 Petitionen von Bürgerinnen und Bürgern eingegangen, berichtete die Vorsitzende des Petitionsausschusses, **Andrea Ypsilanti**. Diese hätten inhaltlich eine sehr große Bandbreite. Häufig gehe es um Schilderungen persönlicher Notlagen, die oft eine lange Vorgeschichte hätten. Einen Schwerpunkt bildeten dabei Petitionen zum Aufenthaltsrecht. „Auch im vergangenen Berichtszeitraum konnten etliche Petitionen positiv abgeschlossen werden. Das zeigt, dass Petitionen auch etwas bewirken können und dass sich die zeitintensive Arbeit des Petitionsausschusses lohnt.“ Andrea Ypsilanti dankte ausdrücklich den Mitarbeitern des Petitionsreferats.



AKZEPTANZ FÜR WINDKRAFT STEIGERN

Von den Pachteinnahmen, die im Staatswald durch Windenergie-Anlagen anfallen, sollen auch die Kommunen direkt profitieren, um die Akzeptanz der Windkraft vor Ort zu steigern. „Wir wollen, dass die Städte und Gemeinden in Hessen angemessen an den Pachteinnahmen von Windkraftanlagen im hessischen Staatswald beteiligt



TIMON GREMMELS

werden. Windkraft ist ein Eingriff in das Landschaftsbild. Daher ist zur Steigerung der Akzeptanz eine finanzielle Beteiligung der Kommunen zwingend erforderlich“, sagte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Timon Gremmels. Der SPD-Energieexperte erinnert daran, dass dies bereits im hessischen Energiegipfel 2011 so beschlossen wurde und viele Kommunen vor Ort für eine solche Regelung werben. „Finanzminister



FOTO: ALEX KOCH - FOTALIA.COM

Dr. Schäfer hat bisher immer vorgeschoben, dass einer finanziellen Beteiligung die Landeshaushaltsordnung widersprechen würde. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir diese ändern, sodass einer Beteiligung nichts mehr im Wege steht“, so Gremmels. „Wir geben jetzt vor allem den Grünen die Möglichkeit zu zeigen, dass ‚Grün wirkt‘ und sie zu ihrem Wahlversprechen einer ordentlichen Kommunalbeteiligung stehen.“

KONZEPT FÜR LÄNDLICHEN RAUM FEHLT

Als „substanzarm“ hat der SPD-Abgeordnete Torsten Warnecke einen Antrag von CDU und Grünen zum Entwicklungsplan für die ländlichen Regionen Hessens bezeichnet. Die Regierung feiere sich dafür, EU-Programme anzuzapfen. „Allein dies als einen großen Wurf für die Entwicklung des ländlichen Raumes zu verkaufen, greift viel zu kurz“, sagte Warnecke. Das grundlegende Problem sei die widersprüchliche Politik der Landesregierung: „Die Lan-

desregierung schließt etwa Gerichte im ländlichen Raum, zieht Landeseinrichtungen aus diesen Gebieten ab und lässt – Stichworte: kommunaler Finanzausgleich und Schulschließungen – die Kommunen mit den stetig steigenden Belastungen, etwa für Verkehrsinfrastruktur, allein im Regen stehen“, so der SPD-Politiker. Es fehle ein langfristiges Gesamtkonzept.



WARNECKE



SCHWARZER TAG FÜR KOMMUNEN

Der hessische SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel hat die erste Lesung des Gesetzes zur Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) als „schwarzen Tag für die hessischen Städte, Kreise und Gemeinden“ bezeichnet. „Die Landesregierung trägt einmal mehr ihre eigenen Finanzprobleme auf dem Rücken der Kommunen aus. Das ist so nicht in Ordnung! Wenn der Finanzminister davon spricht, dass es künftig zwei Dritteln der Städte, Kreise und Gemeinden besser gehe, dann ist das politische Bilanzfälschung“, sagte Schäfer-Gümbel.



SCHÄFER-GÜMBEL

Er verwies darauf, dass auch die Kommunalen Spitzenverbände und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vor Ort deutliche Kritik an dem neuen KFA-Modell üben. „Man darf nicht vergessen, dass die Kommunen unter dem Spardruck schon in den vergangenen vier Jahren 750 Millionen Euro weniger investiert haben – das sind fehlende Investitionen, die sich nun anstauen. Gleichzeitig haben sie auch ihre Einnahmen, wie etwa die Grundsteuer und Gebühren für Kindergärten und andere soziale Einrichtungen kräftig erhöhen müssen, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Die Zeche zahlen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort.“



KRITIK AN EUROPÄISCHER ABSCHOTTUNGSPOLITIK

Die europapolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Sabine Waschke hat die europäische Flüchtlingspolitik ins Zentrum ihrer Erwiderung auf die Regierungserklärung von Europaministerin Lucia Puttrich gestellt. Der europäische Gipfel der vergangenen Woche stelle leider keinen Wendepunkt dar. Sie kritisierte, dass die Beschlüsse des Gipfels sowohl im Hinblick auf die Rettung von Schiffbrüchigen als auch im Hinblick auf die Verteilung von Flüchtlingen auf alle EU-Staaten unzureichend seien. Sabine Waschke sprach auch zu

den weiteren aktuellen Fragen der Europapolitik. Zur Situation in Griechenland sagte sie, die Hauptlast habe bislang von den „Kleinen Leuten“ getragen werden müssen. Strukturelle Probleme seien hingegen nicht gelöst worden.

Sie begrüßte für die SPD das geplante Investitionsprogramm der EU in Höhe von 315 Mrd. Euro. „Wir werden sehr kritisch darauf achten, dass hier keine Mittel für Mitnahmeeffekte verloren gehen, sondern tatsächlich zusätzliche Investitionen gefördert werden.“ Zum geplanten TTIP-Abkommen sagte Waschke, Marktöffnung und



FOTO: DAVIA MERBACH

EINE HUMANITÄRE FLÜCHTLINGSPOLITIK FÖRDERT SABINE WASCHKE VON DER EU.

erweiterter Wettbewerb dürften nicht zu Lasten von Verbrauchersicherheit und Arbeitsbedingungen gehen und zur Herabsetzung oder Aufweichung europäischer Standards führen. Eine rote Linie sei für die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament das sogenannte Streitschlichtungsverfahren.

MIT MEDIENKOMPETENZ GEGEN RISIKEN IM NETZ

Für eine Datenschutzgrundordnung auf europäischer Ebene im Rahmen der EU-Datenschutzreform hat sich die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Angelika Löber ausgesprochen. „Medienkompetenz und Datenschutzkompetenz sind die Schlüssel zur digitalen Teilhabe. Wir müssen in Deutschland das Telemediengesetz und das Telekommunikati-

onsgesetz dringend auf den Stand der digitalen Entwicklung bringen. Das Netz hält großartige Chancen bereit, aber ebenso erhebliche Risiken. Und wir tragen die Verantwortung für den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher in der virtuellen Welt“, sagte Löber. Sie würdigte insbesondere den Einsatz der hessischen Verbraucherzentrale und des DHB-Netzwerks Haushalt Hessen zum Wohle der Verbraucher im Internet: „Die Beratung durch starke Verbraucherverbände ist wichtig und die stärkere finanzielle Förderung der Verbraucherberatung nach steten Kürzungen in den vergangenen 15 Jahren dringend notwendig!“ Die SPD lege ein besonderes Augenmerk auf die Förderung der Medienkompetenz der Nutzer durch den Schulunterricht.



ANGELIKA LÖBER

HILFE KOMMT ZU KURZ

Die Hilfe für psychisch kranke Straftäter kommt nach Ansicht der SPD-Abgeordneten Dr. Daniela Sommer im von der Regierung vorgelegten Maßregelvollzugsgesetz zur kurz. „Die Insassen sind keine Straftäter, sondern psychisch kranke Menschen. Der Maßregelvollzug für Schuldunfähige ist daher keine Strafe, sondern eine medizinische Behandlung von Kranken mit dem Ziel, die Krankheit und damit die Notwendigkeit der Unterbringung zu beenden: Das Primat der Hilfe, Unterstützung und Behandlung wird in dem Gesetz aber nicht formuliert“, sagte Sommer. Für die SPD sei das Gesetz keine innovative Lösung zum Umgang mit psychisch Kranken, die dem Doppelmandat Sicherheit und Behandlung gerecht werde.



DANIELA SOMMER

IMPRESSUM
SPD-FRAKTION IM HESSISCHEN
LANDTAG

SCHLOSSPLATZ 1-3
65183 WIESBADEN

REDAKTION:
GERT-UWE MENDE (VERANTW.)
KATJA APELT
GERFRIED ZLUGA
DAVIA MERBACH
MARTINA HÄUSL-DAVID